

Manfred Wilke

Traditionen der „Linken“

Harald Bergsdorf:
Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel.

Bouvier Verlag, Bonn 2008, 228 Seiten, 19,90 Euro.

Gregor Kritidis:
Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Offizin Verlag, Hannover 2008, 582 Seiten, 34,80 Euro.

Irina Liebmann:
Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrstadt. Berlin Verlag, Berlin 2007, 416 Seiten, 19,90 Euro.

Zur Erinnerung: Die SED-Fortsetzungspartei PDS benötigte nur acht Jahre, um nach dem Ende der DDR 1990 in Mecklenburg-Vorpommern als Juniorpartner der SPD wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Es geschah im Osten und war deshalb für die Westdeutschen kein Grund zur Aufregung. Achtzehn Jahre später nach den Landtagswahlen des Frühjahrs 2008 und dem

Beschluss des SPD-Präsidiums, den Landesverbänden auch im Westen die Koalition mit der Linken zu erlauben, droht auch den alten Bundesbürgern, künftig von dieser Partei regiert zu werden.

Ausdehnung in den Westen

Das politische Gewicht der Linken beruht aber weiterhin auf ihrer Stärke im Osten, wo sie heute bei Umfragen CDU und SPD überholt hat und auf dem Weg ist, erneut zur „führenden Partei“ im Staatsgebiet der vergangenen DDR aufzusteigen. Allein diese Tatsache ist ein Menetekel für die Volksparteien SPD und CDU.

Die Gründung der Partei die Linke muss als erfolgreiche Westausdehnung der PDS verstanden werden. Sie wurde möglich mithilfe der WASG, die 2004 als Abspaltung von sozialistischen Gewerkschaftsfunktionären aus IG Metall und ver.di entstand. Ihre Gründer gaben ihre SPD-Mitgliedsbücher aus Protest gegen

die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung zurück. Als Linkspartei zogen PDS und WASG unter der Führung von Gregor Gysi (PDS) und Oskar Lafontaine (WASG) 2005 in den Bundestag ein. 2007 trat die WASG der PDS bei, und die gesamtdeutsche Partei Die Linke war entstanden.

Wer ist nun diese Linke, und auf welche Tradition stützt sie sich? Darauf gibt Harald Bergsdorf mit seinem flüssig geschriebenen Buch eine Antwort. Es richtet sich vor allem an die Westdeutschen, die wissen müssen, mit welcher Partei sie es künftig zu tun bekommen. Der Machtanspruch der Linken im Westen eröffnet eine neue Debatte über diese Partei, die über den Kreis der Spezialisten hinausgeht, die bislang die PDS beobachtet haben. Harald Bergsdorf setzt einen verdientvollen Kontrapunkt in der derzeitigen öffentlichen Debatte über die Linke, die in den Medien oft verkürzt wird auf die

Frage ihrer Koalitionsfähigkeit für die SPD. Er rückt die Frage „Was will diese Partei selbst?“ in den Mittelpunkt.

Parteiziel Systemwechsel

Die Linke propagiert eine Alternative zur Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik, sie will einen „neuen Anlauf“ zum demokratischen Sozialismus. Daraus ergibt sich eine Reihe von Fragen: Wenn sie mitregiert, beginnt dann die Gesellschaftsveränderung vom Kabinetttisch aus? Welche Rolle spielen in ihr Kommunisten und Linksextremisten? Die Antwort auf diese öffentlich umstrittene Frage ist entscheidend für eine andere: Wie demokratisch ist diese Partei mit ihrer Diktaturvergangenheit? Die SED hinterließ 1989 den Deutschen in der DDR ein ökonomisch ruiniertes Land. Wie ist ihr Verhältnis zur kommunistischen Diktatur in der DDR und zu denen in der Gegenwart? Die kommunistischen Parteien Russlands, Chinas und Kubas zählen immer noch zu ihren befreundeten Parteien.

Die Linke versteht sich nicht als „reiner Wahlverein“ und strebt außerparlamentarische Bündnisse an, um gesellschaftlichen Druck für ihre Parteiziele zu organisieren. Der Bei-

tritt der linken Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Westen zur PDS gab der Ostpartei neue Impulse. So orientiert sich ihre Programmatik zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sehr stark an der gewerkschaftlichen Programmatik und der der Globalisierungsgegner.

Harald Bergsdorf hält die Linke für eine gefährliche Partei und will die Bürger aufrütteln. Die Ergebnisse seiner Recherchen lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass diese Partei einen Systemwechsel in der Bundesrepublik will.

Die Linke von heute ist in ihrer Parteikonzeption nicht mehr die SED von gestern. Sie versteht sich als sozialistische Strömungspartei unter Einschluss einer kommunistischen Plattform.

Mahnende Vergangenheit

Der Sozialismus in all seinen Spielarten ist seit einhundertfünfzig Jahren ein fester Bestandteil in der politischen Kultur Deutschlands. Der bei der Gründung der PDS verkündete Bruch mit dem Stalinismus wurde von ihren Gründern 1989 verknüpft mit der Rehabilitation der von der SED verfolgten und ausgeschlossenen Kommunisten. Unter der Platte Stalinismus sind Walter Ulbricht

und Erich Honecker begraben. Die reale Geschichte der Diktatur wurde im Schnellgang „bewältigt“. Für das öffentliche Auftreten wird nun die Tradition der westdeutschen Linken integriert und mit der nostalgischen Erinnerung an den Alltag und die Kultur der DDR kombiniert. Gefragt sind heute die guten Sozialisten, die Streiter für Gerechtigkeit, die oft Geschlagenen, die bezeugen sollen, dass es in Deutschland wieder eine Partei gibt, die auf dem langen Marsch zum Sozialismus einen neuen Anlauf nimmt. Dieses Geschichtsbild soll die Vergangenheit der PDS als kommunistischer Diktaturpartei verdecken, deren von sowjetischen Truppen gestützter Machtwille Deutschland gespalten hat und zu deren Sturz es einer friedlichen Revolution bedurfte.

Demokraten und Republikanern sollte allein diese Vergangenheit ausreichen, um wie im Fall der Rechtsextremisten dieser Partei keine zweite Chance zu geben, Deutschland zu ruinieren. Aber der antitotalitäre Konsens der alten Bundesrepublik ist lange zerbrochen.

Im Zusammenhang mit der heute populären Traditionslinie der Linken

gilt es auf zwei Bücher hinzuweisen. Das eine ist die Geschichte des Linkssozialismus in der Bundesrepublik und das andere die Biografie von Rudolf Herrnstadt.

Gescheiterte Sozialisten

Gregor Kritidis legt eine Frühgeschichte der Bundesrepublik von links vor, in der die gescheiterten sozialistischen Alternativen und ihre Akteure das Thema sind. Es handelt sich um die „sozialistischen Zwischengruppen“, die zwischen KPD/SED und SPD agierten. Sozialisten wie Wolfgang Abendroth, Victor Agartz, Theo Pirker und Peter von Oertzen befanden sich in einem strategischen Dilemma, ihre eigenen sozialistischen Neuordnungsvorstellungen standen nach 1945 im Widerspruch zur Politik der alliierten Besatzungsmächte. Da sie mehrheitlich einen demokratischen Verfassungsstaat wollten und ihre Freunde in der SBZ/DDR verfolgt wurden, galt das insbesondere für die sowjetische Besatzungsmacht, die aber in ihrem Kampf gegen die Westorientierung Adenauers „objektiv“ zum Bundesgenossen avancierte. Die Zwischengruppe, die in sich zersplittert war, versuchte die Arbeiterschaft über die Gewerkschaften zu mobi-

lisieren, um die „Restaurationspolitik Konrad Adenauers“ zu verhindern. Parteipolitisch mussten sich die Linkssozialisten in der SPD verankern, mit der es immer wieder zum Konflikt kam. Sie setzten weniger auf Wahlen, ihr Feld waren die außerparlamentarischen Kampagnen der Fünfzigerjahre, an denen sie sich aktiv beteiligten: gegen die Westbindung, gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, für die qualifizierte Mitbestimmung in der Großindustrie, gegen die atomare Rüstung, gegen die Aufgabe des Sozialismus als Ziel der SPD im Godesberger Programm 1959. Das Schlusskapitel untersucht die Reorganisation der Linken außerhalb der SPD bis 1962. Das Schlüsselergebnis dieser Phase ist der Ausschluss des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) aus der SPD 1961. Diese von Kritidis behandelte Strömung hat für ihn eine wichtige Brückenfunktion zur außerparlamentarischen Opposition der Jahre 1967/68.

Wendepunkt 17. Juni

Einer der Wendepunkte im Leben von Rudolf Herrnstadt (1903 bis 1966) war der 17. Juni 1953. Am Morgen dieses Tages beordert der sowjetische Hochkommissar das SED-Polit-

Potsdamer Platz
am 17. Juni 1953.
© picture alliance/akg-images,
Foto: akg-images



büro in seinen Dienstsitz nach Karlshorst. Die sowjetische Besatzungsmacht bereite gegen den sich ausbreitenden Generalstreik und die Demonstrationen in den Städten der DDR den Einsatz ihrer Truppen und die Verhängung des Ausnahmezustandes vor. Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland*, begreift als erfahrener Journalist, was dieses Ereignis für die deutschen Kommunisten bedeutet, und hält den historischen Moment, an dem die SED die Legitimation für ihre Herrschaft verlor, in seinen Notizen fest: „Die Lage ähnelt manchen Situationen in der PUR (Politische Hauptverwaltung der Roten Armee) während des Krieges, als die Sowjetarmee für uns focht.“

Nur befanden wir uns jetzt in Berlin, in unserer eigenen Hauptstadt. Auch waren seitdem zehn Jahre vergangen.“ Seine Biografin schildert diesen Moment, mit dem der Abschied Herrnstads aus dem Kreis seiner Genossen beginnt, persönlicher: „Der größte deutsche Streik seit dem Kapp-Putsch 1920 hat begonnen, und Rudolf Herrnstadt sitzt hinter den Gardinen. Dass er auf der falschen Seite steht, wird der immer bestreiten. Hat man je eine bürgerliche Regierung gesehen, die Arbeiterstreiks bejubelt?“ Nach der Niederschlagung der Volkserhebung und der erneuten Bestätigung Ulbrichts an der Spitze der SED durch die sowjetische Führung werden Herrnstadt und der MfS-Minister Wilhelm Zaisser aus der Parteiführung ausgeschlossen und zu Sündenböcken für das Versagen der Partei am 17. Juni gestempelt. Herrnstadt notiert in seinen Aufzeichnungen: „Allmählich wurde mir angst.“ Stalin war tot, und er hatte „Glück“, weder Gefängnis noch Tod erwartete ihn. Die Partei verbannte den Lungenkranken nur nach Merseburg und somit in das mitteldeutsche Industriegebiet.

Seine Tochter Irina Liebmann hat nun mit ihrer Biografie das Leben ihres Vaters nachgezeichnet. Ihr Buch richtet sich explizit gegen die verfestigten zeitgeschichtlichen Reduktionen dieser Persönlichkeit auf die Klischees vom „sowjetischen Agenten“ oder dem „Parteijournalisten“. Der rote Faden in Liebmanns Buch ist der Weg eines Journalisten, dessen persönliche politische Entscheidungen sie nachvollziehen will. Ihr Material sind seine Artikel. Für die Zeit des Moskauer Exils kann sie auf ein unveröffentlichtes Manuskript ihres Vaters über das Nationalkomitee Freies Deutschland zurückgreifen.

Herrnstadt arbeitete für das *Berliner Tageblatt*, das ihn vor 1933 als Korrespondent nach Warschau und kurzzeitig auch nach Moskau schickte. Bis 1935, bis zu den Nürnberger Gesetzen, konnte er seine Korrespondententätigkeit für das Blatt fortsetzen. Seine Arbeit für den militärischen Nachrichtendienst der Roten Armee setzte er bis zum Kriegsausbruch 1939 fort. Beim Grenzübertritt in die Sowjetunion wird er zunächst verhaftet und muss einen Lebenslauf schreiben, die Offiziere, die ihn

angeworben hatten, waren zu diesem Zeitpunkt bereits erschossen. Journalistisch tätig wurde er wieder 1943 im Moskauer Exil. Er war Mitverfasser des von Stalin bestätigten Manifests des Nationalkomitees Freies Deutschland und wurde Chefredakteur der Zeitung *Freies Deutschland*.

Im zerstörten Berlin wurde er im Mai 1945 eingesetzt, um die überregionale Zeitung der sowjetischen Militäradministration *Tägliche Rundschau* aufzubauen. Parallel wurde er Chefredakteur der *Berliner Zeitung* und organisierte in kurzer Zeit den Berliner Verlag und damit den größten Presseverlag der SBZ. Erst in Berlin erfährt er von der Hinrichtung seiner Warschauer Lebens- und Kampfgefährtin Ilse Stöbe und dem Tod seiner Angehörigen in den Vernichtungslagern der SS. 1949 wurde er Chefredakteur des SED-Zentralorgans, und im Juli 1953 endet seine Parteikarriere. Im Dezember 1989 rehabilitiert der außerordentliche Parteitag der SED Robert Havemann, Rudolf Herrnstadt und Lex Ende, den Herrnstadt 1949 als Chefredakteur des *Neuen Deutschland* ablöste.